



Das Kirchhof – Modell: Paradigmenwechsel oder Irrweg ?

Von Dr. Hermann Meemken

Das Kirchhof – Modell ist im aktuellen Wahlkampf sehr schnell Gegenstand polemischer Angriffe geworden. Es lohnt sich, verschiedene Aspekte voneinander zu trennen. Im aktuell angewandten Paradigma der Steuerpolitik wird stillschweigend unterstellt, daß der Staat um die komplexen Zusammenhänge der Wirtschaft besser Bescheid weiß als die Marktakteure selbst. Aus dieser Annahme heraus maßt der Fiskus sich an, mit einer zunehmenden Fülle von Regelungen in die Besteuerung der Bürger einzugreifen. Dadurch wird der Gleichbehandlungsgrundsatz des Artikels 3 GG arg strapaziert. Da die Regelungsdichte der Einkommenssteuer immer mehr zugenommen hatte, um vermeintlich mehr Steuergerechtigkeit zu erlangen, wurde aber tatsächlich das Gegenteil erreicht! An dieser Stelle setzt das Kirchhof – Modell zu einem neuen Paradigma einer gerechten Besteuerung an.

Von den heutigen 32 Steuerarten sollen drei übrig bleiben. Unter anderem sollen die Sondertatbestände im Einkommenssteuerrecht gestrichen werden. Damit wird den Politikern und den Lobbyisten die Grundlage ihres Jobs entzogen. In dieser radikalen Gleichbehandlung der Bürger liegt der eigentliche Charme des Modells, an diesem Punkt entrüsten sich natürlich entsprechend die Nutznießer des heutigen Wirrwarrs. Im Kirchhof – Modell zieht sich der Staat aus der Regelung von Einzelschicksalen zurück, um sich so wieder seinen grundlegenden Aufgaben –z.B. der Förderung der Familien - mit ganzer Kraft widmen zu können. Dadurch ergibt sich wohl möglich der einzig denkbare und pragmatische Weg, dem heutigen Bürokratismus und der damit verbundenen Entmündigung ernsthaft zu entkommen.

Im Vordergrund der Diskussion steht hingegen der konkret vorgeschlagene Steuertarif, der zudem regelmäßig sehr verzerrt dargestellt wird. Die ersten 8.000 € an Markteinkommen (Löhne, Mieten, Zinsen, Dividende usw.) sollen steuerfrei bleiben, die folgenden 5.000 € werden mit 15%, die weiteren 5.000 € mit 20% und danach alle Einkommen mit 25 % besteuert. Für jedes Kind soll ein jährliches Kindergeld von 2.000 € gezahlt werden; das ist m.E. deutlich zu wenig. Schließlich erhalten alle Erwerbstätigen eine jährliche Erwerbskostenpauschale von 2.000 €. P. Kirchhof behauptet, daß dadurch die Bezieher von Einkommen bis zu 50.000 € gegenüber dem aktuellen Tarif besser gestellt werden. Das wäre empirisch zu prüfen und parlamentarisch zu erörtern.

Von den Politikern ist aber erst einmal zu klären, welchen Anteil die Einkommenssteuer am Gesamtaufkommen der Steuern tragen soll und zudem, welches Ausgabenvolumen in Zukunft vom Staat insgesamt umgesetzt werden soll und welche Struktur der Ausgaben angestrebt wird? Diese Fragen sind vor allem angesichts der enormen Staatsverschuldung und der kritischen demographischen und strukturellen Entwicklung unseres Landes vorab zu beantworten, bevor überhaupt über einen angemessenen Tarif ernsthaft zu streiten wäre. In diesem Punkt schweigen sich die Politiker trotz des Wahlkampfgetümmels aber sehr bedeckt aus. Die Tarifgestaltung ist eher als handwerkliches Thema des Parlamentes aufzufassen, wenn die kritischen Fragen des geplanten Einnahmenvolumens vorab beantwortet sind. Der Tarif kann auch progressiv oder asymptotisch degressiv gestaltet werden. Er ließe sich bei Kenntnis des zu finanzierenden Ausgabenvolumens und bei Streichung sämtlicher Sondertatbestände relativ gut prognostizieren, so daß den Bürgern sogar drei Tarifalternativen zur Volksabstimmung vorgelegt werden könnten.

Das Kirchhof – Modell macht radikal Schluß mit der parteipolitischen Vereinnahmung der Bürger durch die Schaffung nicht enden wollender Sondertatbestände und der dämmlischen Diskussion des sogenannten Spitzensteuersatzes. Wesentlich interessanter ist für den Steuerbürger die Kenntnis des in Zukunft zu erwartenden Durchschnittssteuersatzes! In dieser Hinsicht wurde von P. Kirchhof endlich das Tor zu einem neuen Paradigma einer rationalen Besteuerung aufgestoßen, indem Transparenz und Übersichtlichkeit staatlichen Handelns als Grundlagen jeglicher Gerechtigkeitsdebatte wieder in den Vordergrund gerückt wurden.

Mehr im „[Hintergrund](#)“
www.phoenix-ev.net/docs/KW37_Hintergrund.pdf